

Erhöhte täglich mit Ausnahme der Montage und der Tage nach den Feiertagen. Abonnementspreis für Danziger monatl. 20 Pf. (täglich frei ins Haus), in den Abholstellen und bei Expedition abgesch. 20 Pf. Wierteljährlich 20 Pf. frei ins Haus. 20 Pf. bei Abholung Durch alle Postanstalten 2,00 M. pro Quartal. Allgemeine Zeitungen 1 M. 40 Pf. Spezialblätter der Stadt 12—12 Uhr Uhrzeit. Zeitungsgesetz Nr. 4 XVII. Jahrgang.

Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.
Organ für Jedermann aus dem Volke.

Die Affaire Picquart in der Kammer.

Das Kriegsgericht, vor das Picquart verwiesen wird, besteht aus dem General Dufour, Befehlshaber der 9. Infanteriebrigade, als Vorsitzenden, den Obersten Chamoin, ehemaligem Ordonnausoffizier der Präsidenten Carnot, Casimir Périer und Félix Faure, Bonnal, Commandanten des 124. Infanterieregiments, ehemaligem Professor der Militärgeschichte, Strategie und allgemeinen Taktik an der Oberkriegsschule, Heimburger Sohne eines Rechtsprofessors in Straßburg, Commandanten des 118. Infanterieregiments, und de Clavière de Majos vom 2. Rücksäferregiment, den Oberstlieutenants de Baudouin de Liskow vom 27. Dragonerregiment und Duchassaing de Ratevoil vom 1. Rücksäferregiment. Wie es heißt, hatte der mit der Untersuchung betraute Hauptmann Tavernier die Anklage gegen Picquart wegen Mittheilung geheimer Acten der Nationalvertheidigung an den Avocats Leblanc fallen lassen, indeß General Burlinden die sämmtlichen Punkte der Anklage aufrecht erhalten will.

Wann diese Offiziere zusammenetreten und ob das Kriegsgericht überhaupt in die Lage kommen wird, darüber hat auch die mit so vieler Spannung erwartete Sitzung der Deputirtenkammer am Montag noch keine Auskunft gegeben. Ueber diese sehr bewegte Sitzung liegt uns folgender Bericht vor.

Das Haus ist stark besetzt; es herrscht lebhafte Bewegung. Präsident Deschanel thelt mit, daß zwei Interpellationen über die Picquart-Aangelegenheit angemeldet seien. Ministerpräsident Dupuis verlangt sofortige Discussion. Tournière (soc.) beantragt Verdagung der Kammer auf eine halbe Stunde, um den Republikanern die Möglichkeit zu geben, sich mit den Gruppen des Senats ins Einvernehmen zu setzen. Nach namentlicher Abstimmung wird der Verdagungsantrag mit 252 gegen 24 Stimmen abgelehnt. Während der Vornahme der namentlichen Abstimmung traten die Bureaux der Gruppen der Linken zusammen, um den Versuch zu machen, eine Basis für gemeinsames Vorgehen herzustellen.

Der radicale Deputierte Bos begründet sodann seine Interpellation und sagt, in der Angelegenheit Dreyfus sei das Moment der „bono fides“ vorhanden gewesen, in der Angelegenheit Picquart aber gäbe es nur „mala fides“. (Heftige Unterbrechungen.) Redner gibt einen Überblick über die Angelegenheit Picquart, hebt dabei dessen Entsendung nach Tunis hervor und fragt sodann den Ariegsminister Freycinet, weshalb er sie vor der Zusammenberufung des Kriegsgerichts zum 12. Dezember nicht widerholt habe. Redner verliest mehrere Abschnitte des Militär-Gesetzes, durch welche nach seiner Meinung dieses Recht dem Ariegsminister gegeben wird. (Unterbrechungen auf der Rechten.) Bos beschuldigt sodann Burlinden, der die Revision versprochen habe, des Wortbruchs (heftige Unterbrechungen) und schließt unter Berufung auf die Schreiben der Gelehrten, welche gegen die Verfolgung Burlindens protestiren, mit der Aufforderung, die Regierung solle das Kriegsgericht veranlassen, sich bis zur Entscheidung des Cassationshofes zu verlagern. (Beifall auf der äußersten Linken.)

Der Nationalist Massabau tritt dafür ein, daß Executive und Justiz auseinander gehalten werden; Freycinet könnte und dürfte sich nicht einmengen, das Land erwarte in Ruhe die Entscheidung der Justiz. Massabau schloß seine Rede mit einem Angriff auf die Hochfinanz.

Müllerand (Socialist) erklärt, es stehe der Regierung zu, die kriegsgerichtliche Verhandlung gegen Picquart zu verlagern; es werde keine Divergenz der Beugnisse der Staatsgewalten geben. Redner sucht nachzuweisen, daß der Ariegsminister einschreiten und den Zeitpunkt für den Zusammentritt des Kriegsgerichts

abändern kann. Es müsse vermieden werden, daß es zu einem Widerspruch zwischen der Entscheidung des Kriegsgerichts und der des Cassationshofes komme. Ein Conflict zwischen der Militär- und der Civil-Justiz dürfe nicht entstehen. (Während der Rede Müllerands mußte der Präsident zu verschiedenen Malen gegen Unterbrechungen einschreiten.)

Gavaudan (cons.) sagt, man müsse die Justiz ihren Weg gehen lassen, die Militär-Justiz müsse frei sein wie die Civil-Justiz. (Beifall rechts.)

Poincaré (Gruppe der Linken) sagt, man müsse die Arme nicht mit unklugen Verhältnissen verwechseln. Er erkläre ausdrücklich, er wolle nicht den geringsten Verdacht gegen die Mitglieder des Kriegsgerichts aussprechen, aber die Verfolgungen hätten den Charakter von Repressionen. (Beifall.) Die Geheimhaltung Picquarts sei über die Wochen verlängert worden, es gebe Schuldige, die sich einer Anklage erregenden Straflosigkeit erfreuten (Beifall), es gebe andere Fälscher als Picquart, die nicht verfolgt würden. Diese Ungefehlighkeiten führen schließlich dazu, daß man außer sich gerathet. (Wiederholter Beifall.) Poincaré schlägt hinzu: „Man hat uns gelegentlich des Prozesses von 1894 angegriffen; ich habe die Affaire aus den Zeitungen erfahren.“ (Beifall und Lärm.) Barthou sagt: „Ich bin bereit, die Erklärungen Poincarés, die der Ausdruck der Wahrheit sind, zu bestätigen.“ (Lebhafte Beifall; Ausrufe: „Das ist wahnhaft!“ „Das ist unglaublich!“) Poincaré fährt fort: „Der einzige Beweis für die Schuld Dreyfus' war 1894 der Bordereau. Weder der Ministerpräsident noch irgend ein Minister hat von den Geständnissen Dreyfus' gehört, die Lebrun-Renault entgegengenommen habe. (Beifall.) Gavaudan ruft: „General Mercier hat sie empfangen.“ Poincaré fährt fort: „Lebrun-Renault hat, als er von dem Ministerpräsidenten befragt wurde, nicht von den Geständnissen Dreyfus' gesprochen.“ (Beifall auf allen Bänken.) Gavaudan will sprechen, wird aber durch den herrschenden Lärm daran gehindert. Poincaré schließt: „Das Schweigen lastet auf mir; ich bin glücklich, die Gelegenheit zu ergreifen, um zu sagen, was ich wußte.“ (Neuerter Beifall.)

Ueber die Fortsetzung der Berathung geht uns noch folgender Bericht zu:

Paris, 29. Nov. Nach Poincaré bestieg der frühere Ariegsminister Gavaudan die Tribüne und führte aus: „Mercier habe die Zeugenaussage Lebrun-Renaults über die Geständnisse Dreyfus' angenommen. Der Bericht Lebrun-Renaults existire. (Lärm, Ruf nach Datum.) Redner fährt fort: Ich messe den Zeugenaussagen der Zeitgenossen Bedeutung bei, der Bericht existire, vielleicht hat aber Lebrun-Renault seine Aussagen seitdem zurückgenommen. (Ausrufe.)

Der gegenwärtige Ariegsminister Freycinet erklärt, als wir die Regierung übernahmen, war die Verfolgung schon eingeleitet. Unsere einzige Sorge war, der Wahrheit zu ihrem Recht zu verhelfen. Wir werden uns nicht weigern, dem Cassationshof alle Schriftstücke zugehen zu lassen, unter Vorbehalt alles das, was die nationalen Vertheidigungen angehen könnte. (Beifall.)

Nach einer Erwiderung Müllerands, die auf Verdagung des Prozesses Picquarts besteht, ergreift Ministerpräsident Dupuis das Wort. Wir weigern uns, die Verdagung anzuordnen. (Beifall.) Einem solchen Befehl zu geben, selbst wenn wir das Recht dazu hätten, zieht das Principe der Trennung der Gewalten verkehren. Wir thun das nicht aus Eigenninn, sondern wegen der schlechten Auslegung, die das Land unserem Befehl geben würde. Die politische Gewalt hat hier nicht zu intervenieren, es würde dies zur Willkür führen. Parlament und Regierung haben nicht zu urtheilen, ob ein Zusammenhang je zwischen den Angelegenheiten Dreyfus' und Picquarts bestehen könnte. Unsere Intervention würde den Charakter eines Einpruches haben, nicht aber das Werk des Cassationshofes aufhalten. Der Cassationshof wisse, wie weit seine Rechte gehen; an ihm sei es, die selben geltend zu machen. Vor 14 Tagen habe der Cassationshof um Mittheilung der Picquart betreffenden Acten ersucht. Da aber die Untersuchung im Gange war, so seien nur Abschriften derselben ihm zugestellt worden. Jetzt sei die Unter-

richt: ich sind leibliche Geschwisterkinder. Ne, die Welt is zu hochhaft.“

„Guten Abend, Balzer!“ Sie ist — Doda mit sich ziehend — mit ein paar leichten Schritten über den Hof hin. An der Thür bleibt sie stehen und neigt das seltsam bleiche Gesicht ihrem Aende zu.

„Doda — sag' dem Vater nichts vom Verlieren und Finden der Nadel. Du weißt, er wird immer gleich böse.“

Doda muß den Kopf schütteln. „Der Vater böse gegen Minni?“

„Überhaupt — man muß nicht alles sagen — den Männern nämlich. Weißt du, Aleine, jehl haben wir ein Geheimnis zusammen — was?“

„Ja, höchstlich!“ antwortete Doda, „höchstlich, Minni!“ und ihr hübsches Gesichtchen strahlte und sie vergaß alle anderen lieb empfundenen Demuthigungen des Tages.

Balzer schiebt beide Geldstücke in seine Tasche, lächelt und sagt: „Spucken, ja wohl, spucken —“

Man ist soeben im Speisezimmer des von Reichenstein'schen Hauses vom Tische aufgestanden, das Wohl des Geburtstagkindes und der Familie desselben ist zu wiederholten Malen getrunken. Immer ist ein großer Nachdruck auf das Wort „Glück“ gelegt. Herr v. Lobsky hat zuletzt ein Glas auf sich selber vorgesetzten als „den Urquell alles Guten“, denn ohne ihn als Vater und Chefleiter würde man nicht in diesem glücklichen Hause behaglich sitzen, und man hat ihm lebhaft zugeschworen. Da tritt Prinz Niko ein.

„Lieber Medizinalrat, liebenswürdige Hausfrau, stellt man mich ungebetenen Gast hinter die Thür, so will ich's mir selbst da wohl sein lassen.“

„'s ist doch besser, wie oben, wo sie heut Abend Bach spielen und Hand singen wollen. Mir wirklich zu klassisch!“

Freundlichkeit heißt man ihn willkommen, um dann den Weg zum Herrenzimmer und Salon anzutreten, wo man einander gesegnete Mahlzeit sagt.

Der Prinz tritt auf die Schwelle zwischen beiden Räumen.

suchung beendet, und wenn der höchste Gerichtshof Amtsfläche sehr verlange, so werde die Regierung selbst ihm diese zugehen lassen. Wir arbeiten, schloß der Ministerpräsident seine Ausführungen, unsern Erklärungen treu und werden die Entscheidung der Justiz achten. Wir sind eine Regierung des Gesetzes. Wir lehnen es ab, eine Regierung der Willkür zu sein. (Lang anhaltender Beifall.)

Ribot billigt die Erklärung der Regierung, daß sie die Trennung der Gewalten achtet, meint aber, die Regierung sei Herrin, was die Opportunität des Datums der Einberufung des Kriegsgerichts angehe.

Hierauf wurde Schlüß der Discours ausgesprochen. Hier waren zehn Tagesordnungen eingebrochen. Die Regierung nahm die Tagesordnung Dujardins an, welche besagt, die Kammer gehe zur Tagesordnung über, indem sie die Erklärung der Regierung, welche das Prinzip der Trennung der Gewalten respektive, billige. Die Tagesordnung Dujardin wurde mit 437 gegen 73 Stimmen angenommen.

Von dem Eindruck, welchen die Rede Dupuys auf die Deputirten gemacht hat, berichtet nachstehendes, uns zugängliches Telegramm:

Paris, 29. Nov. In den Wandergängen der Kammer herrsche fast einstimmig die Ansicht, daß die Sprache Dupuys die eines wirklichen Staatsmannes war. Dupuy habe es zwar energisch abgelehnt, die Aufforderung derer, welche die Verdagung der Verhandlungen vor dem Kriegsgericht auf ein späteres Datum verlangen, anzunehmen, dabei aber klarlegend, daß eine Lösung in diesem Sinne sofort eintreten könne, wenn der Cassationshof die Vorlegung des Rohpostbriefs („Petit bleu“) verlange. Man hält die Rede Dupuys für eine directe Aufforderung an den Cassationshof, diesen Antrag, dem die Regierung sofort Folge geben werde, zu stellen.

Ueber die Aufforderungen, welche die Freunde der Revision gestern Abend in der Rue Dubac und vor dem Gefängnis Picquarts veranstaltet haben, liegen uns folgende Depeschen vor:

Paris, 29. Nov. An der Versammlung der Dreyfus-Anhänger in der Rue Dubac hatten vornehmlich Studirende und Professoren Theil genommen. Die Straße war bald abgesperrt worden, so daß de Presszeug, Mirabeau, Doughan u. a., welche noch zu sprechen beabsichtigten, nicht in den Saal gelangen konnten. Diese hielten in einem benachbarten Café eine Zusammenkunft ab. In der Hauptversammlung in der Rue Dubac sprachen der Akademiker Duclau, Anatole Franc u. a. Franc wandte sich gegen die Verfügung des Generals Burlinden und erholte die Aussöhnung des Cassationshofes alle Schriftstücke zu lassen, unter Vorbehalt alles das, was die nationalen Vertheidigungen angehen könnte. (Beifall.)

Nach einer Erwiderung Müllerands, die auf Verdagung des Prozesses Picquarts besteht, ergreift Ministerpräsident Dupuis das Wort. Wir weigern uns, die Verdagung anzuordnen. (Beifall.) Einem solchen Befehl zu geben, selbst wenn wir das Recht dazu hätten, zieht das Principe der Trennung der Gewalten verkehren. Wir thun das nicht aus Eigenninn, sondern wegen der schlechten Auslegung, die das Land unserem Befehl geben würde. Die politische Gewalt hat hier nicht zu intervenieren, es würde dies zur Willkür führen. Parlament und Regierung haben nicht zu urtheilen, ob ein Zusammenhang je zwischen den Angelegenheiten Dreyfus' und Picquarts bestehen könnte. Unsere Intervention würde den Charakter eines Einpruches haben, nicht aber das Werk des Cassationshofes aufhalten. Der Cassationshof wisse, wie weit seine Rechte gehen; an ihm sei es, die selben geltend zu machen. Vor 14 Tagen habe der Cassationshof um Mittheilung der Picquart betreffenden Acten ersucht. Da aber die Untersuchung im Gange war, so seien nur Abschriften derselben ihm zugestellt worden. Jetzt sei die Unter-

richt: Wie bereits gemeldet, ist Picquart von dem Cassationshofe vernommen worden. Es wird darüber berichtet, daß er sich erboten habe, einen

„Wirklich, schon der lezte Trunk gehabt?“

„Ich bewahre, wir fangen erst wieder an!“ beruhigte der Hausherr.

„Und Trennung der Geschlechter?“ fragt er, auf die beiden Damen weisend.

„Auch nicht!“ lachte Minni, „wir bleiben alle zusammen.“

Er verbeugt sich gegen Frau v. Ammer.

„Der Hofmarschall folgt mir — wohl nicht ganz auf dem Fuße, Sie wissen, seine Beleibtheit erlaubt ihm keinen Wettkampf mit mir; der Fürst hat ihn dispensirt, der Oberförster Nothe wird seine uraltesten Jagdgescichten dem Großen Marken mit frischstem Effect erzählen.“

„Aber — wie sind Sie denn beurlaubt, mein Prinz — um nicht zu sagen entwöhnt?“

„Jahnschmerz, meine Derechte, der wütendste Jahnschmerz“, und er schneidet dabei ein ganz erbärmliches Gesicht. „Es hat allen so viel Mitgefühl erpreßt — die Fürstin fürchtet wirklich für mein bisher ladelloses Gebiß, das einzig echt Marken'sche Erbtheil von ihr — die kleine Comtesse und die Gräfin Mama hatten allerhand Hausmittel in Vorschlag, die sie vom Schäfer kennen, und sogar die Marken'sche Haussalbe wollten sie machen lassen. Das Doctorn an ihren Leuten und in der Runde ist ja eine Speciaalist der lebend Gräfin, und die Tochter ist auch schon davon influencirt. Natürlich lebhafter protest meinerseits. Die Fürstin wollte nach Dr. Willers schicken aus Rücksicht auf den Heiden des Lages, ich protestiere aber und esse selber zu meinem lieben Medizinalrat. Verzeihung, Doctor Willers, wegen des Missbrauchs — es ging aber nicht anders. Und so war meine Flucht hierher für die Fürstin eine Verhüllung; nur Fräulein v. Göschken sah mich mit einem ihrer eigenhändig wissenden Blick an. Na — schweigen muß sie ja, und morgen wird mein Jahnschmerz gehellt sein.“

Man lacht, Minni reicht ihm die Cigaretten, der Diener bestellt einen Tisch mit Flaschen und Gläsern, und man lädt sich um denselben nieder.

„Also so musikalisch und streng klassisch ist die Comtesse!“ fragt die Hausfrau.

Brief des Obersten v. Schwarzkoppen vorzuzeigen, worin dieser formell erklärt, er habe das „Petit bleu“ selbst geschrieben. Die Aussage Picquarts soll einen großen Eindruck auf den Cassationshof hervorgerufen haben.

Des weiteren liegen noch folgende Nachrichten vor:

Paris, 28. November. Der Akademiker Lutz Prudhomme, welcher in dem Disciplinartheate der Ehrenlegion für Streichung Zolas aus den Listen der Ehrenlegion gestimmt hatte, erklärt in einer Zuschrift an den „Temps“, er schließe sich jenen an, welche verlangen, daß die Militärjustiz stets dem Cassationshofe den Vortritt lasse.

Dreyfus dankte seinem Vertheidiger Demange telegraphisch dafür, daß er ihn nicht verlassen habe und ersucht um Zusendung der Fragen, welche er beantworten soll.

Paris, 29. Nov. Die Organe der Nationalisten feiern die gefürchtete Abstimmung der Kammer als einen Triumph der Armee. Die revisionistischen Blätter greifen die Kammer scharf an. Gleichwohl sei, dank den Erklärungen Poincarés und Barthous, der moralische Sieg auf Seiten der Vertheidiger von Gerechtigkeit und Wahrheit geblieben. Der Cassationshof durfte, wie die Blätter melden, heute noch vor der Sitzung des Senats die Picquart betreffenden Acten verlangen, so daß die Interpellation im Senate wegfallen würde.

Politische Uebersicht.

Danzig, 29. November.

Erlaß Podbielskis über die Postbeamten.

Berlin, 28. Nov. Der Staatssekretär des Reichspostamts v. Podbielski hat nach der „Volksztg.“ in einem neuen Erlaß die Absicht ausgesprochen, daß vor der Verfügung einer jeden lebenslangen Anstellung auf die gesammten dienstlichen und außerdienslichen Führungen des Beamten und Unterbeamten zurückgegangen und die Verleihung der Unkündbarkeit von dem Ergebnis einer sorgfältigen Prüfung des gesammten dienstlichen und außerdienslichen Verhaltens des Beamten abhängig gemacht werden soll. Der Staatssekretär spricht ferner seine Verwunderung darüber aus, daß Beamte und Unterbeamte, die sich nach ihrer Führung oder ihren Leistungen für den Postdienst nicht geeignet gezeigt hatten, nicht immer rechtzeitig aus dem Dienste entlassen werden. Zum Nachteil für den Dienst und zur Belästigung ihrer Mitarbeiter sind solche Beamte in unangebrachter Nachsicht Jahre lang im Dienste gebüdet worden, bis endlich ihre Entlassung zu einer Zeit nicht mehr zu umgehen war, wo es dem Entlasseten weit schwerer werden mußte, in einem anderen Beruf Beauftragung und Fortkommen zu finden, als dies bei einer Entlassung in jüngeren Lebensjahren der Fall gewesen wäre. Er wünscht, daß derartige Zustände in Zukunft vermieden werden. Mit einer ernsten Aufrechterhaltung der Dienststucht, die sich nicht scheut, mit fester Hand anzugreifen, wo es gilt, unaufrechte und ungeeignete Elemente von dem kaiserlichen Dienste fernzuhalten, müßte strenge Gerechtigkeit gegen die Untergebenen und wohlwollende Förderung ihrer Interessen gepaart sein. Der schriftliche Verkehr der Vorgesetzten mit ihren Beamten sei auf das Mindestmaß herabzusetzen, durch unmittelbar persönlichen Verkehr sollen die Vorsteher der Aemter mit ihrem Personal in engem Verkehr bleiben, der sich in angemessenen,

„Lieber Himmel, ja!“ seufzt der Prinz und schlägt seine schönen Augen schmachtend zur Decke empor.

„Sie trägt heut Weiß mit Grün, sieht aus, als wäre die Toilette auf Schloß Marcken angefertigt. Ich weiß ja, Franc in Frankfurt, aber Geschmack der Gräfin Closiotte, so gänzblümchenartig! Und ohne viel Phantasie kann ich vorstellen, wie sich das macht, wenn sie mit ihrer kleinen hellen Stimme versichert: „Nun heut die Flur das frische Grün!“ Gehns Prin, Sie sind ein Schlimmer!“ versichert die Frau des Hofmarschalls.

Das Schreßfuß nicht verlebenden Formen bewegen soll.

Herr v. Röller und die Dänischen Ausweisungen.

Wir haben bereits gestern über ein Interview berichtet, welches der Mitarbeiter eines dänischen Blattes mit dem Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein gehabt hat. Die Angelegenheit ist wichtig genug, um darauf zurückzukommen.

Das Organ der dänischen Linken „Politiken“ hat also ihren „Kriegsberichterstatter“ Henrik Carling nach Nordschleswig zur Berichterstattung über die Ausweisungen entsandt. Nachdem Carling zunächst mit dem Abg. H. P. Hansen, dem Herausgeber des „Heimdal“ in Apenrade Rücksprache genommen und über die Stimmung der deutschgesinnten bürgerlichen Bevölkerung berichtet hat, ist er von dem Oberpräsidenten v. Röller empfangen worden, der ihm nach dem schon erwähnten Bericht unter Verhöhnung der deutschen Zeitungen, „die nie Bescheid wissen“, erzählte, die Ausweisungen seien seine eigene Erfindung und obendrein bisher nur „versusweise“ erfolgt! Da nach der amtlichen „Berl. Corresp.“ 117 Personen mit 18 Familienmitgliedern ausgewiesen und in den letzten Tagen neue Ausweisungen hinzugekommen sind, so ist dieser Versuch doch schon ein ziemlich umfassender. Im übrigen hat Herr v. Röller den Inhalt des Artikels der „Berl. Corresp.“ wiederholt und, wie diese, die Frage, welche Gesetze die ausgewiesenen Dienstboten übertraten hätten, also beantwortet: „Gar keine; aber durch die Ausweisungen werden ihre sonderlichen Principale getroffen.“ Die dänischen Meiereiarbeiter und Milchmädchen sind also ausgewiesen, weil ihre Principale sich lästig gemacht haben! Die „Berl. Corresp.“ hat sich gegen die „demokratische Presse“ gewendet, als ob diese allein die Maßregel tadeln. Der kaum rechtsnationalistische „Hamb. Corresp.“, der nichts weniger als „demokratisch“ ist, schildert anlässlich der Enthüllungen des amtlichen Organs Folgendes:

„Die dänischen Dienstboten werden demnach von der preußischen Regierung (d. h. von Herrn v. Röller) nicht als Subjecte, sondern als Objekte oder höchstens unbewußte Werkzeuge der dänischen Agitation betrachtet. Die offizielle Feststellung dieser Thatsache wird die da und dort bestehenden Zweifel an der Tauglichkeit und Eriechlichkeit des Mittels der Dienstboten- und Gefinde-Ausweisungen vielleicht vermehren und verstärken und auch vor gestehen, daß wir in diesem Punkte nicht so ganz sicher (!) sind, ob die Nachtheile und Bedenken der Maßregel nicht ihren Nutzen vielleicht aufwiegen.“

Die „Mittel“ des Herrn v. Röller dürften doch mit dem Zweck, der dänischen Agitation ein Ziel zu setzen, in Widerpruch stehen. Nach der amtlichen Darstellung ist Nordschleswig mit einem ganzen Netz von Vereinen und sonstigen Verbündeten überspannt, die offen die Abtrennung Nordschleswigs von Deutschland betreiben, während das dänische Grenzgebiet von einem gleichen Netz „Südjütischer Brudervereine“ umspannt ist, die ausgesprochenenmaßen die Tendenzen verfolgen, das Dänentum in Schleswig zu stärken und weiter auszubreiten. Was dieser Agitation gegenüber durch die Ausweisung von 117 Dienstboten und Arbeitern erreicht werden soll, ist nach den bisherigen amtlichen Eröffnungen noch immer unklar.

Dem christlich-socialen „Volk“ schreibt aus Schleswig ein „gut deutscher Leser“:

„Das Vorgehen der Regierung erregt in diesen harmlosen Kreisen eine furchtbare Erbitterung. Jamer wieder hört man, wie Leute ihrem Schmerz über die deutsche Regierung Ausdruck geben, man begreift geradezu die Regierung nicht, daß sie sich so viele entfremdet, die ihr bisher treu ergeben waren. Das Gerechtigkeitsgefühl der redlichen Leute wird so verletzt, daß mir ein Mann, der von Jugend auf gegen das Dänentum angekämpft hat, erklärt, er würde, wenn es heute zur Abstimmung käme, genötigt sein, für Dänemark einzutreten. Die Empörung ist hin und her groß.“

Eine Vereinigung von Lehrern aller Unterrichtsanstalten.

In Greifswald hat in diesem Monat die konstituierende Versammlung einer Lehrervereinigung stattgefunden, der sich sofort 40 Professoren der Universität, sämtliche Lehrer des Gymnasiums und der Realschule, die meisten Lehrer der höheren Mädchenschulen, fast alle Lehrer an den Bürger- und Volksschulen, sowie Lehrer der Landwirtschaftsschule in Elbena, über 100 Mitglieder anschlossen. Prof. Bernheim, der die Anregung zu dieser „Dereinigung“ gegeben hat, und der auch zum Obmann gewählt wurde, bezeichnete die Aufgabe derselben nach den „Pomm. Blättern“ also:

„Für die Lehrer aller Schulkategorien gibt es ein reiches Feld gemeinsamer Interessen. Wissenschaft und Unterricht hängen auf das engste zusammen. Die Schule empfängt von der Wissenschaft zunächst den Stoff, den sie den Schülern zu bieten hat, und es verdient die sorgfältigste Überlegung, wie weit jede Welle der Forschung in den Unterricht hineinragen darf. Wir sind oft erstaunt, wie unvermittelt man die Ergebnisse der Wissenschaft in die Schule einzuführen sich bemüht. Gerade in unserer Zeit, wo alles in Bewegung ist, muß man doppelt vorsichtig prüfen, ob man jeglichem Neuen die Schulhür öffnen darf. (Redner erinnert an die auf Phonetik sich gründende Methode des Französischen u. s.) — Weiter bietet die Wissenschaft auch das Richtziel für die Methode, wie andererseits auch die Methode die Wissenschaft beeinflusst. Es ist z. B. der rückwärtschreitende Lehrgang in der Geschichte von der Wissenschaft gerichtet; denn er zerstört den Sinn für die Zeitschrift und den Begriff der Entwicklung. — Nachdem Redner die Beziehungen der Universität zum Gymnasium dargelegt hat, zeigt er, daß solche auch zur Volksschule vorhanden sind und meint, die Elementarschule sei die hohe Schule der Methode, auch für den Unterricht auf der Universität, denn dort fließe der Strom der Pädagogik am kräftigsten. Man könnte sich freilich aus Büchern über Unterrichtsfragen informieren, aber diese könnten nie den persönlichen Verkehr ersehen. „Wir bauen alle an einem Werke, und es kann keinem von uns gleichgültig sein, wie an der Spitze, wie an der Basis gearbeitet wird; denn die Volksbildung ist

ein Ganzen.“ Auf die Ausführung seines Planes übergehend meint Redner, es sollten in erster Linie pädagogische Themen behandelt werden. Sloßliches aber nicht ganz ausgeschlossen sein. Zunächst wären allgemeine Fragen zu bearbeiten, die alle Schulgattungen angehen; später könnten auch Sectionen gebildet werden. Monatlich sollte eine Sitzung stattfinden, die Organisation vorläufig eine ganz lose sein; ein Obmann, der die Geschäfte führe, möge genügen, bis man später vielleicht einen Vorstand wähle. „Sollten wir scheitern“, schloß der Redner, „so kann uns der Durchzug nur zur Ehre gereichen; haben wir aber Erfolg, so schaffen wir vielleicht etwas, das im deutschen Vaterlande vorbildlich wirkt.“

Der dieser Vereinigung zu Grunde liegende Gedanke hat, namentlich auch in den Kreisen der Volksschullehrer, lebhafte Beifall gefunden. Die vom Oberpfarrer Geßhardt redigierte Liegnitzer „Preuß. Schulg.“ giebt ihrer Freude über diese Vereinigung Ausdruck. „Wir gratuliren — schreibt sie — den Greifswalder Collegen zu diem schönen Erfolge, wir danken den Herren der Lehrerinnen und der Universität für die Anerkennung eines Verhältnisses, das eine neue Entwicklung unseres gesammten Schulwesens einleiten geeignet ist.“

Die Jubiläumswoche in Österreich.

In dieser Woche, am 2. Dezember, findet das fünfzigjährige Regierungsjubiläum des Kaisers von Österreich statt. Die gestrigen Wiener Blätter läuteten die Jubiläumswoche mit Festklängen ein und präjudizierten dem Feste des Kaisers und seiner Völker mit begeisterten Betrachtungen, worin sie den Tugenden des Monarchen als Menschen und Regenten huldigen und mit berechtigtem Hochgefühl des Unterschiedes zwischen einst und jetzt gedenken. Hier und dort werden an den festlichen Moment Ausblicke auf die heutige politische Lage der Monarchie im Innern und nach außen angeknüpft und überall klingt der Wunsch an, die Jubiläe des Kaisers möge der Ausgangspunkt einer friedlicheren Gestaltung im Innern werden.

Die Bedingungen für den Prinz-Gouverneur von Kreta.

König, 29. Nov. Die „König. Blg.“ meldet aus Konstantinopel: Die vier Großmächte haben dem Prinzen Georg bei der Ernennung zum Ober-Commissionar von Kreta ganz bestimmte Bedingungen gestellt. Vor allem soll Prinz Georg die Gouvernanz des Sultans anerkennen, als deren Zeichen an einem besiegten Orte die türkische Flagge gehisst bleibe. Ferner soll eine Nationalversammlung einberufen werden, um eine die Freiheit der Religion verbürgende Verfassung zu schaffen.

Der Auftrag des Prinzen gilt nur für drei Jahre. Die von den Mächten vorzuschiedenden 4 Millionen sollen zur Einrichtung und Verwaltung der Gendarmerie verwendet werden.

Italiens Colonialpolitik.

Rom, 29. Nov. In der Deputiertenkammer wurde gestern die Regierung über die Colonialpolitik interpellirt. In Beantwortung dieser Interpellation führte der Minister des Auswärtigen aus, die Regierung werde ihr Möglichstes thun, um Verminderungen in der Erhöhung zu vermeiden. Italien sei den Streitigkeiten zwischen Menelik und Ras Mangasha völlig fremd und werde es auch bleiben. Wenn Menelik auf dem Marsche gegen Ras Mangasha, welcher im Begriffe sei, sich zurückzuziehen, auch von der neuen Grenze Besitz zu nehmen beabsichtige, so seien die Beziehungen Italiens zu Menelik doch derartig, daß eine freundschafliche Verständigung in jedem Falle gesichert erscheine. Redner erklärt, es sei unmöglich, gegenwärtig die Ausgaben für die Erhöhung weiter herabzusehen, weil man nicht ohne Gefahr die einheimischen Streitkräfte der Colonialarmee vermindern könne. Tancrevo bestätigt, daß lokale und freundschafliche Unterhandlungen mit Menelik betreffend die Abgrenzung des Besitzes Italiens im Hochplateau geführt würden. Die Regierung beabsichtige, weder die Colonien aufzugeben noch eine Politik der Eroberung wieder aufzunehmen. Sie werde eine Politik der Sammlung und des Friedens einleiten und sie sich besonders zum Ziele, die Colonien zu organisieren, um ihre wirtschaftlichen und Handelsinteressen zu entwickeln. „Die Einrichtung einer Civilregierung beweist“, so schloß der Redner, „daß wir ganz und gar gegen eine Politik der Eroberung sind, aber wenn wir auch keine Eroberung wollen, so beabsichtigen wir doch nicht, irgend einen Theil unseres Gebietes aufzugeben.“

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Die Arbeiten der Anti-Anarchistenkonferenz dürften, wie der „Kreuzig.“ aus Rom berichtet wird, vor Weihnachten zu Ende geführt werden. „Dem Berichte über die Eröffnungs-Sitzung werden“, so schreibt der Correspondent des Blattes, „kaum weitere Mitteilungen über die Verhandlungen folgen, da die Geheimhaltung derselben beschlossen worden ist und der Schwerpunkt der Arbeiten in die Beratungen der Subcomités verlegt erscheint. In der Provinz wird aber nach gewissen gemeinsamen Grundzügen, die auch in den Beschlüssen der Konferenz zur Geltung gebracht werden dürfen, schon jetzt vorgegangen. Dahin gehört die stillschweigende Vereinbarung, mit der von den verschiedenen Staaten bezw. den Behörden derselben in Betreff der Publicität bei der Durchführung von Maßnahmen behufs Überwachung oder Festnahme verbrecherischer anarchistischer Absichten verdächtiger Individuen vorgegangen wird. Man konnte in den letzten Wochen in der That die Wahrnehmung machen, daß, wiewohl die Polizei in der erwähnten Richtung ihre Tätigkeit in erhöhtem Maße fortsetzt und dank ihrem Zusammenspiel auch manchen Fang gelingt, Namensnennungen vermieden werden sind. So dürfte es auch in Zukunft und wahrscheinlich auf Grund bezüglicher Bestimmungen des auf der Konferenz zu treffenden Übereinkommens gehalten werden. Hierdurch würde zweierlei erreicht, nämlich verhindert, daß die anarchistischen Verbrecher Kenntnis von den Verhaftungen ihrer Spiegheler erhalten, und ferner der Reclame gesteuert, zu welcher die Anarchisten durch Nennung ihrer Namen gelangen, um so wünschenswerther ist, als sich die Überzeugung verallgemeinert hat, daß die wahnsinnige Sucht des Anarchismus, von sich reden zu machen, nicht in leichter Linie den Antrieb zu seinen verbrecherischen Anschlägen bildet.“

Spanisch-amerikanischer Friedensschluß.

Paris, 28. Nov. Die officielle „Agence Havas“ meldet: Die Friedenskonferenz hielt heute eine dreiviertelstündige Sitzung ab. Spanien nimmt die Bedingungen der Amerikaner an, nämlich die Aufgabe der Philippinen und des Guinarchipels gegen 20 Mill. Dollars Entschädigung. Amerika haust ferner alle Carolineninseln. Die Frage der cubanischen Schuld bleibt in der Schwebe.

Washington, 29. Nov. Da Spanien die Friedensbedingungen angenommen hat, werden Anordnungen getroffen, 30—40000 Mann von den Waffen zu entlassen. Die Streitkräfte auf den Philippinen sollen jedoch gegenwärtig nicht verminder werden.

Das Staatsdepartement erklärt, die Abtreitung der Guininseln an Amerika bedeute keine Erweiterung der amerikanischen Forderung, da die Guininseln in den ursprünglichen Forderungen Amerikas als ein Theil der Philippinengruppe anerkannt und ganz speziell in dieselben eingeschlossen worden seien.

Der Werth von Wei-hei-wei.

London, 29. Nov. Der Oberst Lewis, welcher im vorigen Jahre nach Wei-hei-wei gesandt war, um den Platz vom militärischen Standpunkte aus zu begutachten, erklärte einem Vertreter des Reuter'schen Bureaus in einem Interview, daß Wei-hei-wei sowohl vom seemännischen wie vom militärischen Standpunkte aus sich als werthvoller erwiesen habe als irgend einer der früher besetzten Höfen und als bedeutend vortheilhaftester, als Port Arthur. Es sei wohl möglich, daß Wei-hei-wei einer der besten Stationen aller britischen Besitzungen werden könnte.

Die Pest in San Francisco.

Newyork, 29. Nov. Nachrichten zufolge, die aus San Francisco hierher gelangt sind, ist im dortigen Chinenviertel die östliche Beulenpest constatirt worden. In Folge dessen sind ganze Distrikte unter Quarantäne gestellt und von Polizeicordons umstellt.

Deutsches Reich.

Berlin, 29. Nov. Der Kaiser beabsichtigt, eine Geschichte seiner Jerusalemreise zu schreiben und veröffentlicht zu lassen.

Berlin, 28. November. Ueber die für den Reichstag bestimmten Vorlagen liegen eine ganze Reihe von Mittheilungen vor; nur über das Gesetz betreffend den Schutz arbeitswilliger Arbeiter dauert das Schweigen fort. Es scheint hier ein Anoten vorhanden zu sein, der wohl mit dem Schwerpunkt durchgehauen, aber nicht gelöst werden kann. Sind doch sogar Gerüchte von Personalveränderungen im Umlauf, die mit dieser Frage im Zusammenhang stehen sollen.

Berlin, 28. Nov. Wie ein parlamentarischer Berichterstatter wissen will, dürfte dem Reichstage zugleich mit dem Gesetz eine Vorlage über die Erhöhung der Präsenzstärke des deutschen Heeres zugehen, welche am 1. Oktober 1899 in Kraft treten soll. Der Entwurf soll vornehmlich begründet werden durch den Hinweis auf die Erhöhung der Präsenzstärke in den Nachbarreichen und auf die Erfahrungen im spanisch-amerikanischen Kriege, in dem die mangelnde Bereitschaft die schlimmsten Folgen gezeigt habe. Andererseits sei in absehbarer Zeit an die Verwirklichung des russischen Abrüstungsvorschlags nicht zu denken. (Dortestendes beruht offenbar lediglich auf Combination.)

Ein allgemeiner Landgemeindetag wird am 10. Dezember in Berlin stattfinden. Es sollen u. a. Mittel und Wege zur Herbeiführung eines engen Zusammenschlusses sämlicher Landgemeinden Preußens beraten werden.

In dem Prozeß Witte wider Stöcker ist die von Witte eingelegte Revision heute von dem Kammergericht abgewiesen und Stöcker freigesprochen worden.

Ein Gewerkschaftskartell hat nach der „Volksszeitung“ das Kammergericht für einen Verein erklärt, welcher Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten beübt. Die Vorsteher des Kartells sind daher verpflichtet, Statuten und Mitgliederverzeichniss einzurichten.

„[Die Einigungsbestrebungen unter den westpreußischen Liberalen.]“ schreibt die „Nation“ in ihrer letzten Nummer:

„Bekanntlich ist es bei den letzten Landtagswahlen den vereinigten Liberalen gelungen, in Thorn den Agrariern zwei Mandate abzujewinnen. Dieses erfreuliche Resultat ist allein dem Umstände zuschreibbar, daß sich die einzelnen liberalen Gruppen nicht auf ihren Fraktionstandpunkt versteifen, sondern in richtiger Würdigung der politischen Kräfte einträchtig zusammenwirken. Die Haltung der Nationalliberalen verdient dabei ganz besonderes Lob, da dieselben sich sogar durch die Candidatur eines unter nationalliberaler Fraktionslage legenden Agrariers nicht davon abhalten ließen, für die entschieden liberalen Kandidaten, den sich zur freiheitlichen Volkspartei rechnenden Herrn Ritter und den nationalliberalen Herrn Dommes einzutreten. Dass die siegreiche Vereinigung, trotzdem keiner der beiden schließlich zum Siege gelangten, sich zu ihrer Fraktion rechnete, dieser gemeinsamen Aktion aller Liberalen ihre Unterstützung ließ, war selbstverständlich. Es kam das auch dadurch zum Ausdruck, daß Herr Richter nach Thorn ging und dort in öffentlicher Versammlung für die Candidaturen von Ritter und Dommes eintrat. Als eine naturgemäße Folge dieses glücklichen Zusammenswirkens aller liberalen Kräfte mußte dann auch die Bildung eines alle liberalen Elemente umfassenden Vereins eintreten, der dem Wahlsieg auf dem Fuße folgte. In Aussicht genommen war eine gleiche Zusammenfassung aller Liberalen in ganz Westpreußen.“

Ein Gewerkschaftskartell hat nach der „Volksszeitung“ das Kammergericht für einen Verein erklärt, welcher Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten beübt. Die Vorsteher des Kartells sind daher verpflichtet, Statuten und Mitgliederverzeichniss einzurichten.

„[Die Einigungsbestrebungen unter den westpreußischen Liberalen.]“ schreibt die „Nation“ in ihrer letzten Nummer:

„Bekanntlich ist es bei den letzten Landtagswahlen den vereinigten Liberalen gelungen, in Thorn den Agrariern zwei Mandate abzujewinnen. Dieses erfreuliche Resultat ist allein dem Umstände zuschreibbar, daß sich die einzelnen liberalen Gruppen nicht auf ihren Fraktionstandpunkt versteifen, sondern in richtiger Würdigung der politischen Kräfte einträchtig zusammenwirken. Die Haltung der Nationalliberalen verdient dabei ganz besonderes Lob, da dieselben sich sogar durch die Candidatur eines unter nationalliberaler Fraktionslage legenden Agrariers nicht davon abhalten ließen, für die entschieden liberalen Kandidaten, den sich zur freiheitlichen Volkspartei rechnenden Herrn Ritter und den nationalliberalen Herrn Dommes einzutreten. Dass die siegreiche Vereinigung, trotzdem keiner der beiden schließlich zum Siege gelangten, sich zu ihrer Fraktion rechnete, dieser gemeinsamen Aktion aller Liberalen ihre Unterstützung ließ, war selbstverständlich. Es kam das auch dadurch zum Ausdruck, daß Herr Richter nach Thorn ging und dort in öffentlicher Versammlung für die Candidaturen von Ritter und Dommes eintrat. Als eine naturgemäße Folge dieses glücklichen Zusammenswirkens aller liberalen Kräfte mußte dann auch die Bildung eines alle liberalen Elemente umfassenden Vereins eintreten, der dem Wahlsieg auf dem Fuße folgte. In Aussicht genommen war eine gleiche Zusammenfassung aller Liberalen in ganz Westpreußen.“

„[Eine Schulsch- und Masern-Epidemie]“ scheint sich hier, namentlich in den Vororten, erheblich auszudehnen. Zwei kürzlich erkrankte Schülerinnen einer höheren Mädchenschule sind an der Krankheit gestorben. Heute erhalten wir die Nachricht von einer Anzahl von Erkrankungen in der 6. Klasse der Volksschule zu Schiditz. Es sollen hier allein 18 Kinder in Folge von Erkrankung dem Schulunterricht fern geblieben sein.

„[Ausstellung der deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft]“ Wir haben schon mitgetheilt, daß das Directorium der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft die Ausstellung, welche sie alle Jahre veranstaltet, im Jahre 1903 in Danzig abhalten will. In diesem Jahre war sie bekanntlich in Dresden. Es werden Frankfurt a. M. im nächsten Jahre, dann Posen, Halle, event. Mannheim folgen. Es wäre mit großer Freude zu begrüßen, wenn auch unsere Stadt die hervorragende Gesellschaft in ihren Mauern begrüßen könnte. Die Ausstellungen, die dazu dienen sollen, zu zeigen, was in ernster Arbeit auf dem Gebiet der deutschen Landwirtschaft geleistet wird, sind genügend bekannt, als daß man darüber hinweisen müsse, von was für grohem Nutzen es für uns sein würde, wenn die Ausstellung nach Danzig käme. Bestimmte Beschlüsse sind noch nicht gesetzt und es wird wohl davon abhängen, was Danzig seinerseits thut, um sich die Ausstellung zu sichern. Selbstverständlich werden auch andere Städte des Ostens gerne berücksichtigt sein und werden es an Bemühungen gegegeben, der Gesellschaft nicht fehlen lassen. Wir möchten ironisch heute den Mund aussprechen, daß unsere maßgebenden Kreise sich der Sache annehmen und den Veranstaltern das weitgehendste Entgegenkommen beweisen mögen.“

„[Herr Generalarzt Dr. Gödeke], der neuer Corpsarzt des 17. Armee-corps, hat heute seinen Dienst angereten. Sein Vorgänger, hr. General- und Corpsarzt Dr. Meissner, ist bekanntlich in

der überatenen Kräfte zu hintertreiben, fürchtet wir freilich nicht. Wir glauben vielmehr, daß mit dieser Gedanke durchdringen wird und auf den besten Wege dazu ist, trocken und alledein.“

Oesterreich-Ungarn.

Pest, 28. Nov. Im Abgeordnetenhouse griff heute der Oppositionsführer Graf Apponyi den Ministerpräsidenten Banffy an, weil die Opposition in ihm die Verkörperung des Korruptionsystems erblickte. Er reichte für den Fall der Ablehnung seines Adressentwurfes eine Resolution ein, welche die dringende Verhandlung der Ausgleichsfrage fordert. Falls diese nicht vorgenommen werde, möge das Haus die Indemnität verweigern. Banffy erklärte, er sei geneigt, einer Verlängerung der Sitzung um einige Stunden zuzustimmen, um parallel mit der Indemnitätsvorlage die Ausgleichsvorlage zu verhandeln.

Afrika.

Tripolis, 28. Nov. Eine Karawane aus dem Sudan wurde von dem Libba- und Reishada-stamm bei Falefele in der Nähe von Ghaz an der Grenze von Fezzan überfallen und gefangen genommen. Achzig Kameelkästen Strauhüfen und 380 Kameelkästen Sudanelle sind verloren gegangen. Zwanzig Personen wurden getötet. Die Karawanenstraße ist unterbrochen. (W. L.)

gleicher Eigenschaft zum 9. Armeecorps versetzt worden.

* [Vom Kutter „Nautilus“.] Da trok der vielseitigsten Recherchen nach dem Verbleib des Herrn Bruno Höffner und des Werkführers Wilhelm Blumenau, welche am 26. Oktober er. mit dem Segelkutter „Nautilus“ von Neufahrwasser nach Pillau in See gegangen sind, bis heute nichts hat ermittelt werden können, haben sich die Angehörigen mit dem Gedanken, daß die beiden ertrunken sind, leider vertraut machen müssen. Herr Segelsabrikant Höffner in Pillau hat für die Aufsuchung und Bergung der beiden Leichen eine Belohnung von je 100 Mk. ausgesetzt und hofft, daß dieselben von Fischern, welche ihr Gewerbe auf der See ausüben, mit Schleppnetzen gesucht und gefunden werden.

* [Kirchenrechtlicher Prozeß.] In dem Prozeß der Senioren der reformierten Gemeinde gegen die gegnerische Gemeinde hat das Reichsgericht die Revision zurückgewiesen. Es ist dadurch bestätigt, daß die Senioren Patron der Gemeinde sind und daß an ihren Rechten bei der Predigerwahl nichts geändert wird.

* [Besuch.] Circa 50 Mitglieder und Damen des Kaufmännischen Vereins zu Dirschau hatten sich am Sonntag zur Besichtigung unserer Stadt hier eingefunden. Unter Führung des Vorstandes des hiesigen Kaufmännischen Vereins besuchten sie die Kunstsammlung des Herrn Giedjinski, dann das Rathaus, den „Danziger Hof“ und schließlich das Stadttheater. Im „Danziger Hof“ fand eine kurze gesellige Vereinigung statt.

* [„Tages“-Telegramme.] Es sind mehrfach Wünsche nach einer vereinfachten Bezeichnung für solche Telegramme laut geworden, von denen der Ausgeber wünscht, daß sie nicht während der Nachtfunde an den Empfänger ausgehändigzt werden. Es ist daher vom 1. Dezember ab, zunächst versuchsweise, die Bestimmung getroffen worden, daß alle Telegramme, welche vor der Auflösung die Bezeichnung „Tages“ tragen, während der Zeit von 10 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens nicht zur Vertragung gelangen. Der Vermerk („Tages“) steht als ein Zeiwort. Unberührt davon bleibt die Bezeichnung, wonach auch der Telegrampempler die Bestellung von Telegrammen zur Nachhaltigkeit ausschließen kann.

* [Bildungs-Verein.] Vor leider nur sehr schwach belebtem Hause hielt gestern Abend im allgemeinen Bildungs-Verein der Vorsitzende des Vereins, Herr Richter, einen interessanten und fesselnden Vortrag über die neuen Erwerbungen bezw. Pachtungen Deutschlands in Ostasien. Die geringe Zuhörerschaft dankte dem Vortragenden durch lebhafte Beifall.

* [Christlicher Familienabend.] So stark ist der große Saal des Schützenhauses wohl selten besucht gewesen, wie gestern Abend. Die unteren Räume und die Logen waren fast dicht besetzt, daß ein Theil der Zuhörer sich mit einem Platz in den Corridoren begnügen mußte. Nachdem der Abend mit Gesang und Gebet eröffnet worden war, schiberte Herr General-superintendent D. Döblin in einem lebhaften, vielfach durch liebenswürdigen Humor gewürzten Vortrage seine Reise nach Jerusalem, die er als Gast des Kaisers auf der „Mitternachtsonne“ mitgemacht hatte. Der Vortragende erklärte, über das Schiff „Mitternachtsonne“ sei schon so viel geschrieben und geredet worden, daß er darüber schweigen könne. Es gebe zufriedene und unzufriedene Leute, er habe seit seines Lebens immer zu den ersten gehört und habe keine Ursache gehabt, das zu beweisen, weshalb er auch auf seiner Reise nach Jerusalem von seinen Grundjähren nicht abgewichen sei. Wer freilich der Meinung gewesen sei, die Reise nach Jerusalem sei ebenso leicht und mühevlos auszuführen wie ein Ausflug nach Doppot oder Neufahrwasser, der hat sich sehr geirrt. Große Beschwerden verursachte die gewaltige Höhe, die auf dem Schiffe 35. an den Pyramiden sogar 42 Grad Raumur betrug. Wenn des Nachts eine Welle durch die geöffneten Lüken in die Cabinen schlug, so empfand man die Durchnäszung nicht unangenehm, sondern erfrischend. So groß war die Höhe, daß am Morgen keine Spur der Feuchtigkeit mehr vorhanden war. Nicht minder unerträglich war der Staub, unter dem die Reisenden in Aegypten und Palästina zu leiden hatten. Humorvoll schiberte der Vortragende dann den Unterschied zwischen dem Staub in Kairo, Jerusalem und der Wüste von Jericho. Alle Staubarten glichen sich aber darin, daß sie einen unerträglichen Durst erzeugten. Wein und Bier brachten eher eine Verschränkung als eine Linderung, nur Mineralwasser half eine kurze Zeit, doch kostete die Flasche 1.50 Mk. „Man hätte ein Vermögen in Wasser trinken können.“ Herr D. Döblin beschrieb nun in sehr anziehender Weise seine persönlichen Erlebnisse und Eindrücke, indem er den Verlauf des Besuches des Kaiserpaars als bekannt voraussetzte. Auch er stimmt mit anderen Berichterstattern darin überein, daß der Eindruck der kraftvollen Persönlichkeit unseres Kaisers auf die Eingeborenen nicht minder als auf die eingeladenen auswärtigen Gäste ein ganz gewaltiger gewesen sei. — Die jährliche Versammlung folgte dem interessanten Vortrage mit unvermindelter Ausmerksamkeit bis zum Schluß des Abends.

* [Öffentliche Versammlung zu Neufahrwasser.] In Geßlers Hotel fand gestern Abend eine öffentliche Versammlung statt, welche vom Bürgerverein nach Neufahrwasser einberufen war und bei welcher die am Mittwoch vorzunehmende Stichwahl zur Stadtverordnetenwahl besprochen wurde. Herr Krupka wies zunächst auf die rege Beteiligung der Wähler des Ortes bei der Vorwahl hin und sprach die Hoffnung aus, daß eine gleich starke Beteiligung bei der Stichwahl erfolgen möge. Die Bürgerchaft von Neufahrwasser, ob Mitglieder des Bürgervereins oder nicht, habe gezeigt, daß sie einig und selbstständig genug sei, auch ohne den Danziger Bürgerverein ihre Interessen zu vertreten und ihre Meinung zu wahren. Es wurde dann die Candidatur des Herrn Rose aus Schiditz für die morgige Stichwahl empfohlen.

* [Wohlfahrts-Lotterie.] In der am 28. begonnenenziehung fielen (laut Bericht des Vertreters für Westpreußen Karl Teller jun. in Danzig) folgende Gewinne:

Mittag: 2 von 1000 Mk. auf Nr. 59 150
322 418. 6 von 500 Mk. auf Nr. 240 545 301 471
313 910 319 350 330 961 347 942. 14 von 100 Mk. auf
Nr. 96 659 126 078 251 301 290 572 413 659 441 163
424 954 427 076 427 254 429 544 446 764 454 483
460 663 487 089.

Nachmittags: 3 von 1000 Mk. auf Nr. 204 178
276 881 495 070. 12 von 500 Mk. auf Nr. 44 970
48 150 73 214 83 176 103 306 190 438 215 380 401 548
437 036 439 868 451 803 474 493. 4 von 100 Mk. auf
Nr. 96 659 126 078 251 301 290 572.

* [Gefäßmord.] Ein gut gekleideter junger Mann machte gestern Abend in dem Stadtgraben vor dem Werder Thore durch Ertränken seinem Leben ein Ende. Seinen Hut und Überzieher, in dem sich Briefschäften befanden, die über die Persönlichkeit des jungen Mannes keinen Aufschluß gaben, hatte er am Ufer niedergelegt. Und als vorübergehende Personen Hilfe herbeiholen wollten, rief der im Wasser befindliche mehrmals „Lebt wohl, lebt wohl“ und machte von den ihm gebotenen Rettungsmitteln (Slangen etc.) keinen Gebrauch. Die Leiche des Ertrunkenen war bisher noch nicht gefunden.

* [Strahammer.] Der Schuhmachermeister Ludwig Dietrich und der Schneidermeister Friedrich Wilhelm

aus Danzig waren des gemeinschaftlichen Haussiedensbruchs angeklagt. Dieselben waren in Gemeinschaft mit dem Malergesellen Conrad Piischkowsky, Mitglieder des Gesangvereins „Frissa“, in dem es nicht sehr „harmonisch“ zugegangen zu sein scheint, denn der Vorsitzende hatte dem P. eines Tages einen schlagenden Ordnungsruf ertheilt. Dietrich und P. wurden nun von dem Vorsitzenden beauftragt, sich zu Piischkowsky zu begeben, um gegenstände, die derseine vom Verein in Folge einer angeblichen Schuld von acht Mark in Beschlag genommen hatte, abzuholen. Die Angeklagten begaben sich am Abend des 18. April um 8½ Uhr zu dem Piischkowsky in seine Wohnung und traten denselben vor seiner Haustür an. Sie forderten die Herausgabe der dem Verein gehörigen Gegenstände, was P. mit der Vorberichtigung der vorherigen Zahlung von acht Mark beantwortete. Die Angeklagten erwiderten: „Auf der Strafe nicht.“ P. führte dieselben nun bis in die Nähe unter Stellung der gleichen Forderung. Auch hier verweigerten D. und P. die Zahlung und beanspruchten die Führing in P's Stube. Dieses hat schließlich P. auch, legte die Sachen auf ein Bett seitwärts und beanspruchte nun zunächst Zahlung. Die Angeklagten wollten oder konnten aber nicht zahlen. Nun forderte P. sie kategorisch auf, seine Stube zu verlassen, welche Forderung er sieben- bis achtmal wiederholt haben soll, was durch den Zeugen Grundmann, der hinzugekommen war, bestätigt wurde. Als aber D. und P. auch nun nicht gingen, griff P. zum Revolver und drohte zu schießen. Erst nach langer Aufenthalt verliehen die Angeklagten die Wohnung des Piischkowsky. Des Haussiedensbruchs angeklagt, waren vom Schöffengericht Dietrich zu 1 Woche und P. zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt, wogegen sie Berufung eingelegt hatten. Die Strahammer bestätigte gestern das Urteil der ersten Instanz bei Dietrich und setzte die Strafe für P. auf 1 Woche herab.

Die Händlerin Caroline Lode aus Praust war wegen Gewerbebelebung am 8. Oktober vom Schöffengericht zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt worden und hatte dagegen Berufung eingelegt. Angeklagte ist nicht berechtigt, Getränke zu verschänken. Am 13. Juni nun, am Tage einer Controllerversammlung in Danzig, soll Angeklagte an den dortigen Gemeindebürger, den Arbeiter Mecklenburg und anderen Personen Bier verabfolgt haben. Angeklagte giebt zu, zweimal je drei Flaschen Bier auf die Verhüllung des Gemeindebürgers Güstrow und des Arbeiters Mecklenburg verabfolgt zu haben. Es sei dieses aber in ihrer Privatschule geschehen, die in gar keiner Verbindung mit dem Verkehrslokal stehe. Sie habe auch, als G. habe beklagen wollen, eine Bezahlung nicht angenommen. Der Arbeiter Schwarz behauptet dagegen, mit Alekba und Mecklenburg gemeinsam zu Frau Lode gekommen zu sein, um dort Bier zu trinken. Frau L. habe sie in die Hinterstube geführt und sie hätten dort gegen 3 Mk. bei Frau Lode vertrunken. Mecklenburg oder Alekba habe sogar Bier „anschreiben“ lassen, wobei Frau Lode geäußert habe: „ Ihnen schreibe ich ganz gerne an, Sie sind ein vernünftiger Mensch.“ Auf Vorhalten des Vorsitzenden, wie es komme, daß bei der Voruntersuchung der Zeuge Schwarz zwei verschiedene Aussagen gemacht habe, gab derselbe an, von dem Chemnitz L. vor dem ersten Termin beim Schöffengericht aufgefordert zu sein, zu Gunsten seiner Frau auszusagen, daß er das Bier nicht bezahlt habe. Später habe er aber Reue darüber empfunden und er habe eine berichtigende Aussage aus eigenem Antriebe zu Protokoll gegeben. Die inzwischen beigebrachten Akten eines bereits eingeleiteten Verfahrens wegen Überredung zu falscher Aussage bestätigen.

3. Es mag zur Ablehnung einer in dem Bescheide des Stolper Landrats zum Ausdruck gebrachten Aussöhnung die Bemerkung Platz finden, daß der Einfluß der Versammlung einer Partei — hier des Bauernvereins „Nordost“ — allerdings besagt erscheint, u. a. auch Gegner der Partei gegenüber von dem Hausefrau Gebrauch zu machen, und daß ohne die Anwesenheit der hier in Betracht stehenden Gegner vorausichtlich der Zustand, der zur Auflösung der Versammlung Anlaß gegeben hat, nicht entstanden wäre.

4. Das Vereinsleben löst im Schlusshäuse des Abfahrt 2 S 1. Wenn eine Versammlung die länger als eine Stunde ausgedehnten Verhandlungen wieder aufnimmt“ die Vertragung einer Versammlung zu. Diese Maßnahme war auch nach den Umständen des Falles ganz geeignet, um die Fortdauer des entstandenen Zustums zu verhindern. Der überwachende Beamte war in der Lage, zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gegen Ausbreitende vorzugehen.

Rositten, 28. Nov. Noch ist es nicht gelungen, alle Leichen der vor sechs Wochen Ertrunkenen zu bergen, und schon wieder hat sich hier ein Unglück ereignet, bei welchem zwei Menschenleben zu beklagen sind. Trotz des heiligen Okturmes begaben sich vier Rosittner, Altländer Päsch, Besitzer Friedrich Falk, Besitzer Deggim und Eigenhähner Päsch, in einem kleinen Boot auf das Schiff, um ausgeworfene Netze aufzuziehen. Wie von den Leuten, die sich gerettet haben, berichtet wird, hat etwa 1000 Meter von der östlichen Rohre eine Welle das Boot zum Kentern gebracht. Während Deggim von der Welle fortgeschwungen wurde, gelang es den anderen drei, sich auf dem Boote stehend einige Zeit zu halten. Bald aber kam eine neue mächtige Welle, riß Altländer Päsch und Friedrich Falk in die Tiefe und warf Deggim, der in der Nähe auf einem Stein stand, aber leider nicht schwimmen konnte, soweit ans Land, daß er Grund unter den Füßen fühlte. Eigenhähner Päsch rettete sich durch Schwimmen ans Land, wo er kraftlos und halb erstickt zu Boden sank. Inzwischen hielten Leute, welche die gellenden Hilferufe der Geketteten hörten, ein Boot stößt gemacht und ruderten mit Todesverachtung auf dem hochgehenden Hause der Unschlüssige zu. Deggim, der schon vollständig erstickt war und einem Todten gleich, wurde ins Boot aufgenommen, und nur den bis in die Nacht fortgesetzten Wiederbelebungsversuchen ist es zu danken, daß er am Leben blieb. Da die Dunkelheit, noch von heiligem Schneewehen begünstigt, mit Macht hereinbrach, konnte leider von den beiden anderen Personen nichts gelesen werden. Abends, etwa um 8 Uhr, fand man die Leiche des Falk in der Nähe des Molenkopfes. Auch wurde am anderen Morgen die Leiche des vor sechs Wochen ertrunkenen Hagelit, welche an das Ufer getrieben wurde, geborgen.

Langsdargen, 25. Nov. Zwei Chelente in A. beide über die siebziger Jahre hinaus, versicherten, wie das „Lüneburger Tagblatt“ erzählt, einander unlängst in einem ehelichen Zwiste gegenständig, daß keiner den anderen zum Grade geleitet würde. Bald darauf fand man den Mann in der Stube als Leiche, und als man die Frau schnell herbeirief, sank auch sie totlos zu Boden. Das beiderseitige Gelübde hat sich buchstäblich erfüllt.

Thorn, 29. November. Der Schachtmeyer Doll aus Schlüselmühle, der seit vierzehn Tagen vermisst wird, ist als schrecklich verstümmelte Leiche auf dem Artillerie-Schießplatz gefunden worden. Der Leib war aufgerissen, die Füße waren fortgerissen. Wahrscheinlich hat D. ein blindgegangenes Geschöpf gefunden, das, als es fortgeschaffen wollte, explodirt.

Stolp-Lauenburg, 28. Nov. Durch die von

der conservativen Wahlkreisleitung bei den diesjährigen Reichstagswahlen angeordneten Wahl-

regeln war es den als Wahlvorsteher fungirenden

agrarischen Führern möglich, ihre Gutsangehörigen

dahin zu controliren, für welchen Candidaten

sie ihre Stimmen abgaben. Aus den verschiedensten Bezirken des Wahlkreises wird nun mit-

gefiehlt, daß diejenigen Gutsleute, welche trotz der

Controle ihrer Überzeugung gemäß liberal ge-

stimmt haben, im Oktober gekündigt worden

sind. — Nach den bekannten Vorschlägen des

Herrn v. Below-Galeske beabsichtigen die hiesigen

Rittergutsbesitzer schwedische Arbeiter zu impo-

nieren.

(Stolp, 28. Nov. Zur Illustration der Hand-

habung des Vereinsrechts in Hinterpommern

sei aus einem Erkenntniß des Oberverwaltungs-

gerichts vom 30. September d. Js. Folgendes

mitgetheilt:

An 8. Februar 1897 fand in der Wohnung des

Schmiedemeisters Bremer in Gr. Dübsow (Kreis Stolp)

eine Versammlung des Bauernvereins „Nordost“ statt,

in welcher der Einberufer Herr Richard Hause aus

Stolp den Vorsitz führte. Die Gegner des „Nordost“

verursachten Zustum in der Versammlung, welcher den

Gendarman veranlaßte, jene aufzulösen. Hierüber be-

schwerte sich der Einberufer und Vorsitzende der Ver-

sammlung. Der Referent hatte bemerkt: Die Gegner des Bauernvereins, d. h. die Rittergutsbesitzer und ihre

Anhänger, hätten die Versammlung des Vereins in un-

anständiger und ungehöriger Weise gestört; gegen diese

Bemerkung hatten die anwesende Gutsbesitzer und

Amtsrichter o. Gottberg-Al. Dübsow und seine Gutsbeamten in tumultarischer Weise protestiert; hierauf habe Hause-Stolp die Versammlung verlagt und die Ruhesätze aufgefordert, den Versammlungsraum zu verlassen. auch den Gendarmanen um Wiederherstellung der Ruhe erachtet; dieser habe aber jene Aufforderung für ungültig erklärt und vielmehr die Versammlung, obgleich sie bereits verlagt worden war, aufgelöst. Der Stolper Landrat erforderte den Bericht des Gendarmanen, nach welchem der vorerwähnte Zustand der Vertragung bestätigt wird, „doch habe ich hierin so lautet der Bericht des Gendarmanen wörtlich — kein Mittel gesehen, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten“. — Der Landrat wies hierauf die Be schwerde durch Bescheid vom 6. März 1897 als unbegründet juristisch, wobei er unter Bezugnahme auf den Bericht des Gendarmanen u. a. ausführte: „dass die Auflösung statthaft war, nachdem der Beschwerde führender die Vertragung ausgeprochen hatte, sei nach jenem Bericht nicht richtig.“ — Auch die weitere Be schwerde wurde vom Regierungspräsidenten zu Köslin unter dem 14. August 1897 ablehnend beschieden mit der Ausführung, daß sich dem überwachenden Polizeibeamten zur Verhütung von Ereignissen und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung vorbehalt einsetzen, wenn die Störung der lehrlern von Personen ausgeht, welche mit anderen zur Ausübung ihres Versammlungsrechtes zusammengetreten sind. Nur darf die Polizei auch in diesem Falle nicht über das Maß des Notwendigen hinausgehen — nur die „nötigen Anstalten“ treffen — und hat daher ihr Einschreiten auf die Personen des oder der die öffentliche Sicherheit und Ordnung störenden jedenfalls so lange zu beschränken, als nicht ein Eingreifen in die Rechte dritter, der übrigen, ihrer Versammlungsrechte ausübenden Personen notwendig geboten erscheint.

2. Nach den Vorgängen ist die Auflösung der Versammlung nicht aus einem der im Vereinsgesetz vom 11. März 1890 § 5 ausdrücklich vorgesehenen Gründen, sondern lediglich um deshalb erfolgt, weil nach der Aussöhnung des überwachenden Polizeibeamten durch die Aussöhnung des Redners ein Zustand entstanden und eine weitere und längere Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu befürchten war; — das sei hier nicht jutreffend gewesen.

3. Es mag zur Ablehnung einer in dem Bescheide des Stolper Landrats zum Ausdruck gebrachten Aussöhnung die Bemerkung Platz finden, daß der Einfluß der Versammlung einer Partei — hier des Bauernvereins „Nordost“ — allerdings besagt erscheint, u. a. auch Gegner der Partei gegenüber von dem Hausefrau Gebrauch zu machen, und daß ohne die Anwesenheit der hier in Betracht stehenden Gegner vorausichtlich der Zustand, der zur Auflösung der Versammlung Anlaß gegeben hat, nicht entstanden wäre.

4. Das Vereinsleben löst im Schlusshäuse des Abfahrt 2 S 1. Wenn eine Versammlung die länger als eine Stunde ausgedehnten Verhandlungen wieder aufnimmt“ die Vertragung einer Versammlung zu. Diese Maßnahme war auch nach den Umständen des Falles ganz geeignet, um die Fortdauer des entstandenen Zustums zu verhindern. Der überwachende Beamte war in der Lage, zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gegen Ausbreitende vorzugehen.

Rositten, 28. Nov. Noch ist es nicht gelungen, alle Leichen der vor sechs Wochen Ertrunkenen zu bergen, und schon wieder hat sich hier ein Unglück ereignet, bei welchem zwei Menschenleben zu beklagen sind. Trotz des heiligen Okturmes begaben sich vier Rosittner, Altländer Päsch, Besitzer Friedrich Falk, Besitzer Deggim und Eigenhähner Päsch, in einem kleinen Boot auf das Schiff, um ausgeworfene Netze aufzuziehen.

Inzwischen halten Leute, welche die g

Nur 30 Pfg. kostet der Danziger Courier für den Monat Dezember frei in's Haus.
Nur 20 Pfg. von den bekannten Abholestellen und von der Expedition abgeholt.

Der „Danziger Courier“ ist somit die **allerbilligste** täglich erscheinende Zeitung.

Bestellungen für Monat Dezember werden von den Austrägerinnen angenommen.

Gedächtnis.

Gegen den unten beschriebenen Dusstier Adolf Stürmer, geboren am 5. August 1875 in Reichen, Kreis Allenstein, evangelisch, welcher flüchtig ist oder sich verborgen hält, ist die Untersuchungshaft wegen Diebstahls verhängt.

Es wird erachtet, denselben zu verbachten und in das nächste Gerichts-Gefängnis abzuliefern, auch hierher zu den Akten VI. J. 684/98 Mittheilung zu machen.

Beschreibung. Alter: 29 Jahre, Größe: 1,70 Meter, Statur: schlank, Haare: dunkelblond, Stirn: hoch, Bart: Anflug von schwarzem Schnurrbart, Augenbrauen: dunkelblond, Augen: braun, Nase: gewöhnlich, Mund: gewöhnlich, Zähne: vollzählig, Kinn: rund, Gesicht: länglich, Gesichtsfarbe: blau, Sprache: deutsch und polnisch, Kleidung: schwarzer Jaquettanzus, schwarzer weicher Filzhut und Samtaschen mit Gummizug.

Danzig, den 24. November 1898.

Der Erste Staatsanwalt.

In der Strafsache

gegen den Pfarrer zuerst Diensten Thomas Ritsche in Garthaus, geboren am 6. März 1843 in Groß Tschlau, Kreis Dr. Stargard, katholisch,

wegen öffentlicher Beleidigung hat die 1. Strafkammer des Königlichen Landgerichts zu Danzig am 18. Oktober 1898 für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird einer öffentlichen Beleidigung für schuldbis erklärt und deshalb zu 200 - meibundert - Mark Geldstrafe, an deren Stelle, falls sie nicht beizutreiben ist, 20 - manzig - Tage Gefängnis treten, sowie zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.

Auch wird der Königlichen Regierung zu Danzig die Befugniß zugewiesen, die Verurteilung des Angeklagten auf dessen Kosten durch einmalige Einräumung der Urtheilsformel in das Kreisblatt des Kreises Garthaus und die Danziger Zeitung binnen vier Wochen nach Zustellung des rechtskräftigen Urtheils öffentlich bekannt zu machen.

Die Richtigkeit der Abschrift der Urtheilsformel wird beglaubigt und die Vollstrechbarkeit des Urtheils bescheinigt. I. M. 78/98.

Danzig, den 1. November 1898. (16168)

(L. S.) gen. Wołciechowski,
Gerichtsschreiber des Königlichen Landgerichts,

Beckanntmachung.

In der Franz Wroblewski'schen Concurs-Sache ist der Kaufmann und Stadttheil Karl Schlesz in Graudenz zum Concursverwalter bestellt. (16216)

Graudenz, den 25. November 1898.

Königliches Amtsgericht.

Concursverfahren.

Das Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Edwin Nag zu Graudenz wird, nachdem der in dem Vergleichstermine vom 14. Oktober 1898 angenommene Zwangsvergleich durch rechtskräftigen Beschluss vom dementen Tage bestätigt ist, hierdurch aufgehoben.

Graudenz, den 25. November 1898.

Königliches Amtsgericht.

Pferde-Auction!

Da wir jetzt **W** Bahnhofslück erhalten, beabsichtigen wir unser Fuharkar aufzuladen und stellen unsere schwachen Pferde sowie Geschirre und Wagen

am Donnerstag, den 1. Dezember,

Mittags 12 Uhr,

öffentliche meistbietend gegen Barzahlung zum Verkauf. (15996)

Zuckersfabrik Hirschfeld-Ostpr.

Verkauf eines Gold- und Silberwaaren-Lagers.

Das zum Nachlass des verstorbenen Juweliers Herrn Adolph Schaepe gehörige

Gold- und Silberwaaren-Lager soll im Ganzen verkauft werden. Werthäuse liegt bei mir zur Einsicht. Angebote nehme ich bis Sonnabend, den 3. Dezember, täglich Nachmittags von 3 bis 5 Uhr, entgegen.

A. Karpenkiel,

Auctionator und gerichtlich vereidigter Notar, Paradiesgasse Nr. 13. (16230)

Auction.

Es laden in Danzig:

Nach London:

SS. „Freida“, ca. 29./30. Novbr.

SS. „Hercules“, ca. 4./8. Dezbr.

SS. „Blonde“, ca. 5./7. Dezbr.

SS. „Agnes“, ca. 9./13. Dezbr.

SS. „Julia“, ca. 10./15. Dezbr.

SS. „Brünnette“, ca. 20./25. Dezbr.

Brothaus Conver.-Legion

Neueste Ausgaben.

17 Bände à 10 Mark,

liefern an jeden solventen Be-

steller frank das ganze Werk

sofort complett gegen monatliche

Zeitabgaben von 3 M (ohne

Anzahlung). Jedes andere Werk

unter gleich günst. Bedingungen.

S. Gans, Frankfurt a. M.

Moelstrasse 26. (15665)

Das Herrm. Korzeniewski'sche

Luchlager

Dominikswall No. 13

2. Haus von Holzmarkt Ecke),

befehlend in

Paleto-, Anzug-,

Hohenzollernmäntel-

u. Schafrockstoffen,

sowie Resten, passend

zu Bekleidern,

Anabenanzügen ic.,

soll vor der Auction schleunigst

ausverkauft werden.

S. Weinberg,

Auctionator.

SS. „Bernhard“

Capt. Arp,

von Hamburg mit Umladegütern

ex SS. „Sephora Worms“ von

Havre u. Bourdeau, „Marfala“ von

Catania, „Benninianio“ von

Chicago u. New York, „Bara-

guau“ von Santos, „India“ von

Smyrna angekommen, löst

am Nacho. (16248)

Die Inhaber garantieren

connoissements wollen sich melden

bei Ferdinand Prowe.

Selbst Erfolg wo Badékuren

ergebnlos. Behandlung auch

ohne Berufslösung. Anfr. a. d.

Direction Berlin, Carlstr. 17. II.

kostet der Danziger Courier für den Monat Dezember frei in's Haus.

von den bekannten Abholestellen und von der Expedition abgeholt.

Der „Danziger Courier“ ist somit die **allerbilligste** täglich erscheinende Zeitung.

Bestellungen für Monat Dezember werden von den Austrägerinnen angenommen.



Nur die Marke „Pfeilring“

gibt Gewähr für die Achtheit des

Lanolin-Toilette-Cream-Lanolin

Man verlange nur

„Pfeilring“ Lanolin-Cream
und weiße Nachahmungen zurück.

Herbstausstellung des Vereins Danziger Künstler

in der Peinkammer

vom 20. November bis 4. Dezember 1898.

Original-Handzeichnungen, Algraphinen von
Cornelia Paczka,
Steindrucke von Dresdner und Hamburger
Künstlern.

Geöffnet täglich von 11-2 Uhr. Eintritt 20.

Sehr unreell



und alle, welche „Quaker Oats“ verlangen und von untreuen Händlern als unverpackte Ware irgend etwas Minderwertiges erhalten. Häufig verkaufen die Verkäufer, dieses und jenes wäre ebenso gut als „Quaker Oats“.

„Quaker Oats“ ist nur in gelben Originalpacketen mit Schutzmarke, wie hier oben abgebildet, erhältlich.

Kaiser-Oel.

(Worlschuk unter Nr. 16 691 Klasse 20 B.)

Das beste und gefahrloseste Petroleum.

unerplodirbar,

geruchlos und sparsam brennend,
in Kannen à 5 Kilogr. Inhalt Mk. 1,80,
- 10 - 3,50,

frei ins Haus.

Zu haben bei:

Gustav Henning, Altst. Graben 111.
Albert Herrmann, Fleischergasse 87.
William Hinck, Gartengasse 4.
A. Kurovski, Breitgasse 108.
Clement Leitner, Hundegasse 119.
P. Pawlowski, Langgasse 8.
Ott. Vogel, Weidengasse 34a.
A. Schmidt, Michanengasse 11.
Kuno Sommer, Thornischer Weg 12.
R. Wischniawski, Breitgasse 17.

(12447)

Nur Kannen mit Bleiverschluß liefern Gewähr für einiges
unverfälschtes Kaiser-Oel.

A. Fast,

Langenmarkt Nr. 33-34 und Langgasse 4,
Filiale: Zoppot, am Markt.

Die Holz-Jalousie-Fabrik, Bau- und Möbeltischlerei von

C. Steudel,

Danzig, Fleischergasse Nr. 72,

empfiehlt ihre best bekannte

Holz-Jalousie

sowie deren Reparaturen zu den billigsten Con-

currenz-Breiten. Preis-Katalog ist gratis.

1896er Rothwein.

Derselbe kostet in Fässern von

30 Ltr. an 58 Pfg. per Ltr. und

in Flaschen von 12 Fl. an 60 Pfg.

v. Fl. ca. 1/2 Ltr. Inhalt mit Glas.

Als Probe versende ich auch 2 Fl.

nebst Preisschild per Post.

Carl Th. Oehmen,

Coblenz,
Weinbergsitzer.

Farbige Holzwolle

in grün, violett, orange

und rosa

offerirt (15914)

Richard Giesbrecht.

Champagner

Söhnllein & C.

Schierstein A.Y-Champagne

Rheingau Frankreich

Marken:

Rheingold | Carte Blanche

Kaisermarke | Grand Vin d'A.Y.

Bezug durch den Weinhandel.

Ein sehr neu. ist preiswert zu ver-

kaufen

Neugarten 22 c.